

KLAR!TEXT

Hand hoch! - Wer will mehr Gerechtigkeit?

Nach einer aktuellen Allensbach-Umfrage sind nur 15 % der Bürger davon überzeugt, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (Einkommen und Besitz) gerecht verteilt sind, und nur 7 % sehen einen Trend zur Besserung.¹ Der ARD-Deutschlandtrend weist aus, dass nur 31 % der Befragten meinen, sie würden persönlich vom Wirtschaftswachstum profitieren.² Diese Zahlen ergänzen das Stimmungsbild, welches schon eine frühere Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung zeichnete: „Heute sind den meisten Deutschen immaterielle Werte wie »soziale Gerechtigkeit« oder »Umweltschutz« so wichtig, dass das zunehmend auch ihre Haltung zum Wirtschaftssystem beeinflusst. Denn der Umfrage zufolge finden immerhin 88 Prozent der Befragten, das derzeitige System berücksichtige weder den »Schutz der Umwelt, noch den »sorgsamem Umgang mit den Ressourcen« oder den »sozialen Ausgleich in der Gesellschaft« genügend.“³

Die Zahlen belegen den schon seit längerem spürbaren Konsens quer durch alle Gesellschaftsschichten, dass etwas nicht in Ordnung ist mit der sozialen Marktwirtschaft. Es ist schon längst nicht mehr die politische Linke allein, die nach mehr Gerechtigkeit ruft, und das mitleidig-verständnisvolle Lächeln, mit dem solche Forderungen sonst immer bedacht wurden, hat sich rar gemacht. Aus fast allen Lagern schallen unmissverständliche Rufe: »Wenn die Deutschen zornig werden« (Heribert Prantl) »In dieser Gesellschaft brodelte es« (Oskar Negt) »Sozialismus für Banken und Dienstleister« (Max Otte) »Bannmeile für die Lobby rund um den Bundestag« (Günter Grass). Und FA-Herausgeber Frank Schirrmacher musste gestehen: „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat.“ Bereits 2008, als die Folgen der Finanzkrise sich gerade erst abzuzeichnen begannen, sah Jürgen Habermas das Unvermeidliche: „Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz.“⁴

Wie aber sieht man die Chancen, dass sich etwas zum Besseren wenden könnte? Beginnen wir auch hier mit der Bürgermeinung. Die bereits zitierte Allensbach-Umfrage ergab, dass die meisten Menschen (65 %) am ehesten der Politik zutrauen, für sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit in der Gesellschaft zu sorgen. Nur 32 % erwarteten dies von der Wirtschaft und 21 % von den Gewerkschaften. Immerhin 28 % waren der Meinung, dass die Bürger selbst etwas bewegen können. Die Erkenntnis, dass die Politik die meisten Möglichkeiten hätte, geht aber einher mit dem Verdacht, dass sie diese Möglichkeiten nicht nutzt. Im Gegenteil: „64 % sehen die Politik als einen Motor der wachsenden Ungleichheit“.¹ Denn auch die

¹ "Was ist gerecht?" Umfrage im Auftrag der INSM, Institut für Demoskopie Allensbach 2013

² infratest dimap: ARD-Deutschlandtrend, Januar 2013

³ „Wachstumsskeptisch“ www.zeit.de 18.08.2010

⁴ Jürgen Habermas „Nach dem Bankrott“ Interview, Die Zeit, 06.11.2008

Aufstiegschancen – und dafür haftet schließlich die Politik! – sehen nur 43% der Bürger als „eher gerecht“ an.⁵

Der angesprochene Konsens über eklatante Gerechtigkeitslücken verunsichert zunehmend die Profiteure dieser Zustände. Sie scheuen weder Geld noch Mühe, um die Debatte in eine für sie weniger gefährliche Richtung abgleiten zu lassen. Und die heißt *Chancengerechtigkeit*. Damit bringt man sich in eine bequeme Position, denn hierfür ist ja der Staat zuständig. Besonders gern wird aus Wirtschaftskreisen darauf hingewiesen, dass Bildung der Schlüssel zu Chancengerechtigkeit ist. Verständlich – so kann man den Schwarzen Peter der Politik zuschieben, die nicht genügend für die Bildung tut. Vor allem die für ihr uneigennütziges Engagement berühmte *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)* wird nicht müde zu betonen: „Deutschland hat insbesondere im Bildungsbereich großen Nachholbedarf“. Vergessen wird dabei nur eines: Bildung ist wichtig, schafft jedoch kaum neue Arbeitsplätze; sie bietet nur bessere Chancen im Jobverteilungskampf und sorgt dafür, dass auch die Arbeitslosen besser qualifiziert sind. Für diese Reservearmee plädiert die Wirtschaft verständlicherweise mit Inbrunst.

Bezeichnenderweise wurde die eingangs zitierte Allensbach-Umfrage von der INSM in Auftrag gegeben, aber deren Kernaussagen werden in Pressemitteilungen und Werbekampagnen unterschlagen. Stattdessen demagogische Parolen: „Wer mehr Einkommensgleichheit will, muss Abstriche machen: Bei nivellierten Einkommen lohnt sich Leistung weniger, Anreize verschwinden ebenso wie produktiver Wettbewerb.“⁶ Es ist empörend, mit welcher Ignoranz die tatsächlichen Fragestellungen übergangen werden. Denn kaum jemand will nivellierte Einkommen; nur 9 % halten „eine Gesellschaft für gerecht, in der es keine großen Einkommensunterschiede gibt.“ Die Leistungsgesellschaft wird also nicht abgelehnt, aber für 91 % der Bürger bedeutet Gerechtigkeit, „dass man vom Lohn für seine Arbeit auch leben kann“.¹

Hoffnungsvoll stimmt, dass immer mehr verantwortungsbewusste Unternehmer auf Distanz gehen zu neoliberalen Positionen, wie sie von INSM oder FDP vertreten werden. Sowohl Verbände als auch Einzelpersonen rücken die soziale Verantwortung des Unternehmers wieder in den Fokus der Überlegungen. „Der BWA plädiert für ein, die Demokratie stabilisierendes, balanciertes Verteilungsmuster und spricht sich gegen eine sich beschleunigende Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen weniger Prozent der Bevölkerung aus. Ein fairer Ausgleich zwischen den sozialen Bevölkerungsgruppen ist ein wirksames Mittel gegen Demokratieverdross und zur Erschließung gesellschaftlicher Potenziale.“⁷ Unternehmerin Sina Trinkwalder appelliert an die Firmenlenker: „Wir, viele kleine Familienunternehmer, kümmern sich um eure ausgebrannten Kinder, liebe Konzernchefs und Controller, Consulter und HRler. Dieses Erbe müssten wir nicht antreten, würdet ihr anders auftreten: mit weniger Druck und mehr Menschlichkeit.“⁸

Nun ist also doch die Politik gefordert: Ordnungsrahmen zu schaffen, die bestehende Gerechtigkeitslücken beseitigen. Welchem Lager wird sie es dabei wohl recht machen?

Lasst mich nachdenken...

Klaus Fürst
31.05.2013

⁵ infratest dimap: „Deutschland 2013 – Mittelschichtgesellschaft mit schlechten Aufstiegschancen“, Januar 2013

⁶ „INSM-Position Gerechtigkeit“ www.insm.de, 14.02.2013

⁷ Positionspapier des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft, 2012

⁸ www.manomama.de/blog, 09.09.2011

